

Anfrage 1

Gremium	Termin	Status
Hauptausschuss	01.03.2021	öffentlich

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen - Regionale Abstimmung von Corona-Schutzmaßnahmen im Bezirk des Gesundheitsamts

Vorlage Nr.: 20213022



Stadtratsfraktion Ludwigshafen

Monika Kleinschnitger · Fraktionsvorsitzende
Hans-Uwe Daumann · Fraktionsvorsitzender
Heike Hess · Stellv. Fraktionsvorsitzende
Ibrahim Yetkin · Stellv. Fraktionsvorsitzender
Gisela Witt

Georg Vassiliadis

Fraktionsbüro

Rathausplatz 10
67059 Ludwigshafen
Telefon 0621-52 30 23
Telefax 03222-246 420 8
fraktion@gruene-lu.de
www.die-gruenen-im-rat.de

• DIE GRÜNEN IM RAT • Rathausplatz 10 • 67059 Ludwigshafen •

An die
Vorsitzende des Stadtrats
Frau Oberbürgermeisterin
Jutta Steinruck
Rathausplatz 4
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 19.02.2021

Anfrage zur Sitzung des Hauptausschusses am 01.03.2021:

Regionale Abstimmung von Corona-Schutzmaßnahmen im Bezirk des Gesundheitsamts

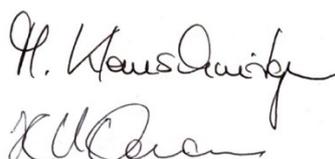
Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie in der Sitzung des Hauptausschusses am 01.03.2021 um Beantwortung folgender Fragen:

Nach dem deutlichen Rückgang der Inzidenzzahlen im Februar gibt das zuständige Gesundheitsamt Ludwigshafen an, die Rückverfolgung der Infektionen wieder leisten zu können. Da ein erneutes Ansteigen der Inzidenz nicht ausgeschlossen werden kann, gilt es nach Ansicht der Grünen im Rat, Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeit im Gesundheitsamt und die Zusammenarbeit mit den vier Gebietskörperschaften (LU, SP, FT, RPK) im Zuständigkeitsbereich zu verbessern.

1. Ist nach Kenntnis der Verwaltung im zuständigen Gesundheitsamt ein Prozess gestartet, der die Krisenfestigkeit der Arbeit des Gesundheitsamts insbesondere in weiteren Pandemiekrisen verbessert? Ist die Stadt Ludwigshafen in diesen Optimierungsprozess einbezogen?
2. Ist die Frage der Personalgestaltung durch die vier Kommunen inzwischen geklärt, so dass in künftigen Krisenfällen zügig auf entsprechende Bedarfe reagiert werden kann?
3. Sind die Kommunikationsprozesse inzwischen überprüft und ggf. verbessert worden, um eine sachdienliche und zeitnahe gegenseitige Information (z. B. über aktuelle „Ausbrüche“, Betroffenheit von Institutionen wie Kitas, Schulen, Wohn- und Pflegeheime) im Krisenfall zu verbessern?
4. Sind die Stadt- und Kreisspitzen (Oberbürgermeister*innen, Landrat) übereingekommen, sich über Maßnahmen im Krisenfall künftig zeitnah abzustimmen und die dazu notwendigen Kommunikationsabläufe zu sichern?
5. Wird die Stadtverwaltung die Frage nach einer Organisationsreform des Gesundheitsamts (Aufteilung in mehrere Zuständigkeitsbereiche / Bildung von Außenstellen) mittelfristig weiterverfolgen?

Mit freundlichen Grüßen



Monika Kleinschnitger und Hans-Uwe Daumann, Fraktionsvorsitzende